



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Finanzierung von Corona-Tests bedarfsgerecht sichern, gesetzliche Krankenkassen nicht allein lassen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/6118**

Der Landtag wolle beschließen:

Finanzierungsfragen von Corona-Tests bedarfsgerecht weiterentwickeln

Der Landtag von Sachsen-Anhalt dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Gesundheitsbehörden sowie der Testlabore für ihren besonderen Einsatz im Rahmen der Corona-Pandemie. Es hat sich gezeigt, dass die sächliche wie auch personelle Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie des Infektionsschutzes von der untersten bis obersten Gesundheitsbehörde ein zentrales Instrument zur Bekämpfung der Pandemie ist. Der Landtag bittet die Landesregierung und die Kommunen, diese Bereiche personell angemessen auszustatten.

Im Bewusstsein der Notwendigkeit einer wissenschaftlich basierten Teststrategie zur Überwachung und Bewertung der epidemiologischen Lage begrüßt der Landtag, dass die Landesregierung frühzeitig eine Teststrategie unter Einbindung des Landesamtes für Verbraucherschutz sowie der Gesundheitsämter der Landkreise und kreisfreien Städte erarbeitet hat und umsetzen wird. Eingeschlossen sind hierbei auch die Testungen von symptomlosen Personen.

Die Bundesverordnung zu Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung bei Testungen für den Nachweis des Vorliegens einer Infektion mit dem Coronavirus sieht ebenso vor, dass auch asymptomatische Personen vermehrt getestet werden. Kritisch zu bewerten ist hingegen, dass die gesetzliche Krankenversicherung auch die Kosten für Privatversicherte tragen soll.

Die Landesregierung wird gebeten,

1. sich dafür einzusetzen, dass der Bund weitere Kosten insbesondere für Testungen Symptomloser übernimmt, damit nicht ausschließlich die gesetzliche Krankenversicherung belastet wird;

(Ausgegeben am 10.06.2020)

2. ihre Teststrategie wie beabsichtigt, kontinuierlich an die epidemiologische Lage anzupassen;
3. die Daten und Informationen zum Pandemiegesehen und in Bezug auf die Corona-Testungen anonymisiert und soweit rechtlich möglich, öffentlich als Open Data bereitzustellen sowie
4. dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration hierzu im Regelfall quartalsweise zu berichten.

Begründung

erfolgt mündlich.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN